



Niederschrift

zur 34. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadt Lippstadt am 11.04.2019

Sitzungsraum: Rathausaal, Lange Straße 14, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:40 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Mirko Molt

Vorsitzender

SPD-Fraktion

Herr Mathias Marx

stellv. Vorsitzender

CDU-Fraktion

Herr Peter Cosack

ordentliches Mitglied

Herr Bernhard Hörstmann-Jungemann

ordentliches Mitglied

Herr Gunter Gerd Köhler

ordentliches Mitglied

Herr Bernhard Bartscher

stellv. Mitglied

Frau Gabriele Schütte-Holthaus

stellv. Mitglied

SPD-Fraktion

Herr Martin Schulz

ordentliches Mitglied

Frau Ute Strathaus

ordentliches Mitglied

Herr Jens Behrens

stellv. Mitglied

Herr Thomas Morfeld

stellv. Mitglied

Herr Josef Niehaus

stellv. Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Cordula Ungruh

stellv. Mitglied

BG-Fraktion

Herr Hans Karliner

ordentliches Mitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Herr Franz-Josef Günther

stellv. Mitglied

FDP-Fraktion

Frau Dr. Gabriela Jonas-Ahrend

stellv. Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Martin Rediker

ordentliches Mitglied

Seitens der Verwaltung

Herr Christof Sommer	Bürgermeister
Herr Heinrich Horstmann	Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen
Herr Björn Bühlmeier	Fachdienstleiter Stadtplanung und Umweltschutz
Frau Birgit Specovius	Fachdienst Stadtplanung und Umweltschutz
Herr André Stadermann	Fachdienst Stadtplanung und Umweltschutz
Herr Werner Böddeker	Fachdienst Stadtplanung und Umweltschutz -Schriftführer-

Entschuldigt fehlten:

CDU-Fraktion

Herr Wilhelm Helmig	ordentliches Mitglied
Herr Antonius Michel-Kemper	ordentliches Mitglied

SPD-Fraktion

Herr Oliver Bertelt	ordentliches Mitglied
Herr Manuel Rodriguez Cameselle	ordentliches Mitglied
Herr Sven Salmen	ordentliches Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Ursula Jasperneite-Bröckelmann	ordentliches Mitglied
-------------------------------------	-----------------------

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Herr Elmar Höer	ordentliches Mitglied
-----------------	-----------------------

FDP-Fraktion

Herr Dr. Dirk Georges	ordentliches Mitglied
-----------------------	-----------------------

Verwaltung

Frau Beate Baltrusch	stellv. Schriftführerin
----------------------	-------------------------

In öffentlicher Sitzung

Herr Molt eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung. Er begrüßt neben dem Bürgermeister die Ausschussmitglieder, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die geladenen Gäste, die Vertreter der Presse und die Mitglieder der Verwaltung.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er auf eine Änderung der Niederschrift der letzten Sitzung zum TOP 3 hin und erklärt, dass aufgrund eines Fehlers bei der Datenübertragung der dort gestellte Antrag und anschließend gefasste Beschluss nicht aufgeführt war. Dieses sei nun behoben. Anschließend fragt er den Ausschuss, ob es Fragen zu dem Protokoll der letzten Sitzung gibt.

Es werden keine Fragen gestellt.

Anschließend stellt Herr Schulz die Frage, warum der 1. Tagesordnungspunkt des nichtöffentlichen Teils nicht in dem öffentlichen Teil behandelt werde.

Herr Horstmann erklärt den grundsätzlichen Standpunkt der Verwaltung.

Herr Schulz empfindet die Vorlage eher als positiv und meint, es wäre durchaus nicht schädlich gewesen, dieses öffentlich zu beraten.

Um 19.10 Uhr verlässt Herr Karliner die Sitzung und wird nun durch Herrn Detlef Cramer vertreten.

1. Fragestunde für Einwohner

Es melden sich Vertreter der Bürgerinitiative 'Goethe-Straße-Nord' (u. a. Herr Eduard Ehrlich-Grepels und Herr Daniel Lenze) und stellen die aus der Anlage ersichtlichen Fragen zu dem Tagesordnungspunkt 2.

Anschließend meldet sich Herr Axel Wösthoff und fragt nach, ob eine Risikobewertung für einen schweren Unfall durchgeführt wurde. Er erklärt dazu, dass er in einem großen Unternehmen arbeite, bei dem solche Risikoabwägungen vorzunehmen seien, wenn größere Projekte anlaufen bzw. umgesetzt werden sollen.

Danach stellt Herr Lothar Hoffknecht Fragen zum Tagesordnungspunkt 2. Für ihn sei bei der Betrachtung des Bebauungsplanes das Ende dreier Straßen sehr merkwürdig, weil dort keine Wendemöglichkeiten für den Verkehr vorgesehen seien. Warum sei vorher nicht berücksichtigt worden, dass weitere Kosten für die Bastionsstraße anfallen werden? Gehört Schwerlastverkehr zum „allgemeinen Gebrauch“ bei der Bastionsstraße?

Herr Christian Motog ist Interessent an einem Grundstück und erkundigt sich, wann die Umsetzung der Baumaßnahme geplant sei.

2. Aufstellung des Bebauungsplanes der Stadt Lippstadt Nr. 324 'Auf dem Rode' und 190. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes der Stadt Lippstadt Nr. 324

hier: a) **Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**
b) **Beschluss der öffentlichen Auslegung und förmlichen Beteiligung der Behörden**

094/2019

Vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt stellt Herr Karliner folgenden Antrag:

Die BG beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes 2.

Herr Cosack erklärt, dass vor einer Diskussion des Tagesordnungspunktes kein Vertagungsantrag gestellt werden solle.

Der Antrag wird bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme abgelehnt.

Herr Stadermann stellt daraufhin den Tagesordnungspunkt vor. Er erklärt zunächst den Bereich des Baugebietes und geht dann auf den dringend benötigten Wohnbedarf und die damit verbundene dringende Erforderlichkeit von Wohnbauland in Lippstadt ein.

Dann zeigt er den aktuellen Planungsstand. Es folgen Erklärungen zum Freiraumkonzept.

Anschließend erläutert er die Bürgerbeteiligung und geht auf die hieraus bereits bekanntgewordenen Fragen ein.

Er stellt erneut das Verkehrskonzept vor und geht auf die verschiedenen Möglichkeiten zur Abwicklung des Baustellenverkehrs ein. Abschließend erläutert er die Sach- und Rechtslage der Errichtung der temporären Baustraße und geht dabei auf die eigentumsrechtlichen, planungsrechtlichen und naturschutzrechtlichen Hindernisse bei der potentiellen Errichtung einer solchen Straße ein.

Herr Horstmann übernimmt und bedankt sich für die ausführliche Vorstellung. Er weist nochmals darauf hin, dass es sich um ein städtebaulich sehr attraktives Baugebiet handele.

Die Stadt habe sich intensiv mit den Bedenken der Einwohner beschäftigt und sich nicht leitfertig über diese hinweggesetzt. Er betont ausdrücklich, dass bei einem „Pro“ zur Baustraße ein Baugebiet „Auf dem Rode“ nicht entstehen werde.

Danach nimmt er Stellung zu den Fragen der Einwohner, sofern diese durch den Vortrag noch nicht beantwortet.

Das Baustellenverkehrskonzept sei nochmals eindeutig erklärt worden. Die Fragen zu den Schäden wurden ebenfalls geprüft und auch die abschließende Begutachtung wird nicht in Frage gestellt.

Eine Gegenüberstellung der Kosten für eine Baustraße zu den Kosten der möglichen Schäden wurde nicht erstellt.

Dahingegen wurde eine verträgliche Abwicklung im Vortrag von Herrn Stadermann behandelt und diese als gewährleistet angesehen.

Zu der Frage zu vergleichbar großen Baugebieten in den letzten Jahren kann nur festgestellt werden, dass es keine in dieser Größenordnung gab. Jedoch gibt es das Baugebiet „Große Kirmes“ in Cappel, welches als Beispiel für einen problemlosen Baustellenverkehr durch ein Wohngebiet angesehen werden kann.

Das Baugebiet Triftweg sei hier nicht vergleichbar, da es schon lange her ist und hier andere Voraussetzungen vorlagen.

Da hier oft die Kinder in den Vordergrund gestellt werden, ist anzumerken, dass das Verkehrskonzept gerade wegen dieser Besonderheit (Bebauungsplan Goethestraße Nord ist noch nicht alt) erarbeitet worden sei.

Herr Horstmann weist nochmals darauf hin, dass, bezgl. weiterer Alternativen

einer Baustraße, der Vortrag alle Fragen beantwortet habe.

Zu den Fragen der v.g. fehlenden Wendemöglichkeiten der Bastionsstraße und zwei weiterer Straßen erklärt Herr Stadermann nochmal das Konzept und die mögliche und bekannte Ausweitung des Baugebietes Richtung Nordwesten. Dabei sei es nicht angedacht, weiter nach Norden in das Landschaftsschutzgebiet einzugreifen.

Herr Bühlmeier nimmt Stellung zu den Fragen bezüglich der Bauzeiten. Er gibt an, dass die Gesamtbauzeit in dem Plangebiet wahrscheinlich länger sein kann. Die Hauptbauzeit dürfte sich aber innerhalb der ersten 3 Jahre abwickeln.

Nachdem das Baugebiet „Goethestraße Nord“ erschlossen war, sei eine weitere Entwicklung zunächst nicht absehbar, da auch die Grundstücke hierfür nicht zur Verfügung standen.

Herr Horstmann greift die Frage zu dem noch nicht ausgebauten (bestimmten) Straßenabschnitt der Bastionsstraße auf. Er antwortet, dass die Ausbauphase nicht in Zusammenhang mit dem Baugebiet „Auf dem Rode“ hänge.

Dann gibt Herr Horstmann noch die Information, dass die Aufschüttung der Grundstücke auf Grund der Höhenlagen für die Kanal- und Straßenplanung soweit wie möglich reduziert werden solle.

Bezüglich der Ergänzungsfrage zu den 3 Straßen mit Endpunkten Richtung des Landschaftsschutzgebietes erklärt Herr Bühlmeier, dass der zweite Bauabschnitt des Baugebietes „Auf dem Rode“ nicht im Landschaftsschutzgebiet liegt.

Herr Horstmann führt zu den gesamten geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen aus, dass diese geprüft wurden und auch zur Verbesserung der Verkehrssicherheit entsprechend dem Beschluss des Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses umgesetzt werden sollen.

Zu der Frage, ob Alternativen bei einem Ausfallszenario bestehen erwidert er, dass es hier kein Alternativszenario gäbe, da dieses vor dem Hintergrund des Baustellenverkehrskonzeptes nicht notwendig sei.

Herr Stadermann erläutert zu den Kanal- und Straßenbauarbeiten, dass angestrebt sei, dass diese weitestgehend nach gem. Baustellenverkehrskonzept umgesetzt werden sollen, dieses aber aufgrund von technischen Erfordernissen nicht garantiert werden könne.

Herr Bürgermeister Sommer teilt mit, dass die Eigentümer der für die Baustraße in Frage kommenden Schlüsselgrundstücke nicht bereit seien, diese abzugeben bzw. zur Verfügung zu stellen.

Zu der Frage, wann das Baugebiet geplant sei, macht Herr Horstmann nochmal deutlich, dass es von dem möglichen Beschluss heute abhängt. Sollte dieser gefasst werden, sei ggf. ein Anfang für die Erschließungsarbeiten im Herbst möglich.

Herr Bühlmeier führt weiter aus, dass eine Risikobewertung im geforderten Umfang nicht möglich sei und lediglich eine Pseudoobjektivität erzeugt würde. Der Belang der gesunden Wohnortverhältnisse sei jedoch geprüft und in die Abwägung eingestellt worden.

Im Anschluss an die Beantwortung der Fragen sieht sich Herr Rediker in der Zwickmühle zwischen den Anregungen der Anlieger und dem Bedarf an neuen Bauflächen. Die Fraktion Die Linke würde jedoch für den Vorschlag der Verwaltung stimmen.

Herr Morfeld bedankt sich für die umfangreiche Ausarbeitung der Vorlage und stellt fest, dass man nicht alle Risiken auffangen kann. Er stellt fest: „Wir leben nicht in einer Vollkaskogesellschaft.“

Herr Günther ist überrascht, dass die Verwaltung hier so selbstsicher auftritt. Die Argumente ziehen seiner Auffassung nach nicht. Die Vorlage widerspreche sich. Auch die Ausarbeitung sei unglücklich gelaufen, da zum Beispiel das Thema mit dem Steinkauz erst seit kurzem bekannt gegeben worden sei. Die Fraktion Christdemokraten Lippstadt sei für das Baugebiet, obwohl viele Fragen offen seien. Es folgen Ausführungen zum FNP und zum Baustellenverkehr.

Herr Horstmann erklärt, dass die Politik, bzw. hier der Rat, letztendlich über das Baustellenverkehrskonzept über den mit der GWL abzuschließenden Vertrag entscheide. Es sei auch ein Bestandteil der Abwägung.

Herr Stadermann führt zum Baustellenverkehrskonzept aus, dass dieses über den Erschließungsvertrag umgesetzt werden kann.

Frau Ungruh spricht sich, unter der Voraussetzung, dass es keinen Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet gibt, für das Wohngebiet aus. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde daher zustimmen.

Frau Dr. Jonas Arendt bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Sie verstehe allerdings nicht, warum man zunächst das Baugebiet um die Von-Are-Straße geplant habe und nachdem dieses dann fast fertiggestellt ist ein größeres Baugebiet anschließe. Auch fragt sie sich, wie man es den Verkehrsteilnehmern darlegen soll, wo er lang zu fahren hat. Ein weiterer Kritikpunkt bei dem Verkehrskonzept sei, dass morgens das Verkehrsaufkommen mit dem Verkehr der Kindertagesstätte zusammenlaufen würde.

Herr Horstmann antwortet, dass die konkrete Umsetzung des Baugebietes zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bebauungsplanes „Goethestraße Nord“ noch nicht erfolgen konnte.

Herr Bühlmeier fügt hinzu, dass nach dem Baustellenverkehrskonzept der westliche von dem östlichen Teil des Baugebietes getrennt würde. Die GWL habe hier die Möglichkeit als Erschließungsträger, den Bauverkehr zu regeln.

Frau Dr. Arendt fragt weiter, wie die Eigentümer der Grundstücke für die mögliche Baustraße überhaupt angesprochen worden seien?

Herr Bürgermeister Sommer bemerkt, dass er sehr verwundert über das Misstrauen sei. Er weist bezüglich genauere Informationen auch auf datenschutzrechtliche Hindernisse hin. Die Eigentümer seien auf verschiedene Wege mehrfach angesprochen worden.

Herr Cosack sieht den Schutz der Eigentümer ebenfalls im Vordergrund. Es gibt auch noch andere Gründe, die zum Ausschluss der Baustraße führen, wie der Vortrag der Verwaltung deutlich gemacht habe.

Die CDU-Fraktion werde daher zustimmen.

Für ihn sei wichtig, durch die Verkehrskommission ein einseitiges Parkverbot in der Goethestraße/Wagenfeldstraße und weitere Möglichkeiten prüfen zu lassen, um Verkehrsbehinderungen einzuschränken.

Herr Cramer begrüßt aus Sicht der BG-Fraktion das Baugebiet. Er verstehe jedoch nicht, warum die Perspektive für die Bauflächen nicht schon früher gesehen wurde.

Herr Horstmann hält fest, dass doch alles darauf hingedeutet habe, dass es am Ende der „Von-Are-Straße“ weitergehe.

Herr Cosack wendet ein, dass zum damaligen Zeitpunkt eine Einigung getroffen wurde, die Straßen entsprechend zu bauen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann man das nicht mehr abändern.

Herr Horstmann führt weiter aus, dass der Querschnitt der „Von-Are-Straße“ für den Baustellenverkehr völlig ausreichen würde, um den Baustellenverkehr gem. Baustellenverkehrskonzept abzuwickeln.

Herrn Marx gefällt der gesamte Ablauf des vorliegenden Verfahrens. Er stellt fest, dass es noch nie so viel Bürgerbeteiligung in einem Verfahren gegeben habe, wie vorliegend. Seiner Meinung nach handele es sich bei dem Baustellenverkehrskonzept um einen verträglichen Kompromiss.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- a) Die Stellungnahmen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB, sowie der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 324 ‚Auf dem Rode‘ und der 190. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 324 wurden geprüft und abgewogen. Die jeweiligen Beschlussvorschläge hierzu gem. der Abwägungstabelle in der Anlage 7 werden beschlossen.
- b) Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 324 ‚Auf dem Rode‘ (Anlage 1, 2) und der Entwurf der 190. Änderung des Flächennutzungsplanes (Anlage 5) im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 324 sind gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die förmliche Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB ist für beide Bauleitplanverfahren durchzuführen.

(Bei drei Enthaltungen mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Vermeidung von Versiegelungen in Vorgärten

074/2019

Frau Specovius trägt vor. Sie geht zunächst auf die größer werdende Anzahl von Vorgärten ein, die mit Kies-, Schotter- oder Pflasterflächen gestaltet werden. Sie nennt die Gründe hierfür und zeigt Beispiele auf. Dann erklärt sie die Bedeutung von naturnah gestalteten Vorgärten und die möglichen Steuerungselemente. Zum Abschluss bittet sie den Ausschuss, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Herr Cosack bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und fragt nach, mit wie vielen Mitgliedern die Planungswerkstatt besetzt werden solle?

Herr Horstmann entgegnet, dass aus der Sicht der Verwaltung nicht alle Mitglieder des Ausschusses in der Planungswerkstatt vertreten sein müssen. Die Verwaltung stelle sich vor, dass von jeder Fraktion ein Mitglied, von den beiden großen Fraktionen gegebenenfalls zwei Mitglieder benannt werden sollen.

Frau Ungruh ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Auch Herr Cramer befürwortet den Vorschlag. In diesem Zusammenhang möchte er jedoch auf die Gestaltung des Kreisverkehrs in Esbeck hinweisen, der ebenfalls mit einer Kiesfläche bedeckt worden sei.

Herr Morfeld unterstützt den Wunsch nach einer gestalterischen Aufwertung des Kreisverkehrs.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Begrenzung der Versiegelung und die naturnahe Gestaltung von Vorgärten solle in der am 14.03.2019 vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Planungswerkstatt zu den Themen Gestaltungsvorschriften für Vorgärten und Einfriedung von Grundstücken behandelt werden.

(Einstimmig zugestimmt)

4. Verschiedenes

Herr Behrens führt aus, dass er schon mehrfach die Powerpoint-Präsentationen der Verwaltung gelobt habe. In vorherigen Sitzungen sei ihm zugesichert worden, dass diese auch den Ausschussmitgliedern vor der Sit-

zung vorgelegt würden, was jedoch bisher nicht geschehen sei. Er stellt daher den Antrag:

Zukünftig sollen bis kurz vor der Sitzung (17.00 Uhr wäre ausreichend) die Powerpoint-Präsentationen den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Herr Bürgermeister Sommer bedankt sich für den Hinweis. Die Verwaltung werde prüfen, wie man das umsetzen könne.

Herr Günther fragt nach, wieso dieses bis eine Stunde vor der Sitzung erfolgen solle? Er sei der Meinung, dass die Zeit bis zur Sitzung dann zu kurz sei.

Herr Behrens wirft ein, dass ihm diese Frist zum Durcharbeiten ausreichen würde, wenn er die Präsentation digital zur Verfügung gestellt bekäme.

Herr Bühmeier erläutert, dass es sich bei einer Powerpoint-Präsentation nur um eine Ergänzung des Vortrages handle. Er entscheide situativ, welche Folien er zeige.

Herr Cosack hält die Vorlage einer entsprechenden Präsentation nicht für sinnvoll. Zumindest müssten die Vor- und Nachteile zunächst erörtert werden. Er werde daher heute dagegen stimmen.

Herr Schulz erinnert sich an die letzte Sitzung. Da habe er die Folien des Vortrages als sehr hilfreich empfunden, da diese die Angaben neben der Vorlage ergänzten.

Herr Hörstmann-Jungemann bemerkt, dass im Gegensatz zu früher, in den letzten Monaten die Vorlagen wesentlich umfangreicher geworden seien.

Der Ausschuss stimmt über den Antrag wie folgt ab:

8 Stimmen für den Antrag

8 Stimmen gegen den Antrag

1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ende des öffentlichen Teils um 20:30 Uhr.

gez. Mirko Molt
Vorsitzender

gez. Werner Böddeker
Schriftführerin